

Zehntausende an den Gräbern von Karl und Rosa

Traditionell zogen wie in den vergangenen Jahren wieder Zehn-tausende am zweiten Januar Sonntag zu den Gräbern von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Linke verschiedenster Nationalitäten und aller Generationen ließen sich die Tradition nicht nehmen, der beiden Arbeiterführer zu gedenken und aktuell gegen Krieg und Sozialabbau zu protestieren. Klar war, dass die Bundesregierung mit ihrer aktuellen Politik ganz und gar nicht gut wegkam. Im Aufruf zur Demonstration vom Frankfurter Tor zur Gedenkstätte der Sozialisten heißt es:

„Ein Vierteljahrhundert nach der Ermordung von Karl und Rosa begannen die Kriegsprofiteure den II. Weltkrieg, dessen

der EU und der NATO und lehnen nicht zuletzt deshalb den vorliegenden europäischen Verfassungsentwurf ab. Wir demonstrieren gegen den untrennbar mit horrenden Rüstungsausgaben verbundenen rapiden Sozialabbau. Die Agenda 2010 ist Ausdruck asozialer Politik.“

Ebenso demonstrierten die Teilnehmer gegen Demokratieabbau und sich verfestigende faschistoide Tendenzen, gegen Nazis, Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus. Rund 10.000 Menschen beteiligten sich an diesem Demonstrationzug, weitere Zehntausende gingen direkt zu den Gräbern von Karl und Rosa, wobei Polizei und Hauptstadtpresse wieder einmal Schwierigkeiten beim Zählen der



Beendigung sich am 8. Mai 2005 zum 60. Mal jährt. Das ist das historische Umfeld, in dem der Bundesverband der deutschen Industrie vom Kanzler fordert: »Die Transformation der Bundeswehr von einer klassischen Verteidigungsarmee hin zu hochmobilen Interventionskräften ist zwingend erforderlich«. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ehrend demonstrieren wir gegen imperialistische Kriege als den aggressivsten Ausdruck der kapitalistischen Globalisierung. Wir wehren uns gegen US-amerikanische Weltherrschaftspläne ebenso gegen jegliche imperialistische Bestrebungen Deutschlands,

Teilnehmer hatten. Bei drei Polizeiübergriffen auf die Demonstration gab es einige Festnahmen und Verletzte. Linke unterschiedlicher Strömungen haben am 9. Januar bewiesen, dass es möglich ist, gemeinsam Standpunkte und Forderungen zu bekunden. Der Protest auf der Straße gegen Sozialabbau und allgemeine Rechtsentwicklung ist nötiger denn je. Bleibt zu hoffen, dass die Linke dies in Zukunft nicht nur bei diesem traditionellen Gedenken beherzigt.

Carsten Schulz

Luxemburg-Gedenken in Friedenau

Wie schon seit vielen Jahren fanden am 15. Januar wieder eine Gedenkveranstaltung vor ihrem ehemaligen Wohnhaus in der Cranachstraße 58 statt. Zu ihrem Todestag (15. Januar 1919) kamen diesmal mehr Menschen. Insgesamt rund hundert Teilnehmer nutzten zwei Angebote: Vormittags hatte auf Initiative der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde und unseres Bezirksverordneten Julius (auch GBM-Bundesgeschäftsführer) eine Kundgebung stattgefunden. Neben der Hauptrede von



Prof. Fischer (GBM und CDU) mit historischer Würdigung von Luxemburg und Liebknecht, beleuchteten Gert Julius,

Fortsetzung Seite 2

In dieser Ausgabe lesen Sie:

Seite 2

Neue Geschäftsstelle eröffnet

Seite 3

Aus der BVV Dezember und Januar

Seite 4

Angela Davis erhält in Berlin den Menschenrechtspreis

Seite 5

Be- und Gedenken 2005

Seite 6

Erwerbsloseninitiative ELViS informiert zu Hartz IV

Seite 7

PDS-Politiker zu Hartz IV

Seite 8

Termine, Infos und mehr

„Die Rote Insel“

Neue Geschäftsstelle der PDS in der Feurigstraße 68

Die PDS Tempelhof-Schöneberg wird ab 1. Februar ihre neue Geschäftsstelle Feurigstraße / Ecke Kolonnenstraße wie bisher montags, dienstags und donnerstags 11.00 bis 18.00 Uhr und freitags 11.00 bis 15.00 Uhr für Sie öffnen. Wir werden Ihnen in den nächsten Monaten ein interessantes Veranstaltungsangebot mit linker Politik und Kultur sowie mit Möglichkeiten der Information zu politischen und sozialen Fragen des Alltags bieten.

Weiterhin Beratungsangebot für Betroffene von Hartz IV

Das bereits in den letzten Wochen stark genutzte Beratungsangebot (jeden Mittwoch 17.00 bis 18.30 Uhr) sowie die Erwerbslosenfrühstücke (letzter Mittwoch im Monat 9.00 bis 12.00 Uhr) werden auch in der neuen Geschäftsstelle weitergeführt.

„Politik aus erster Hand“ – Senatoren und Abgeordnete der PDS stellen sich Ihren Fragen

Eine neue Veranstaltungsreihe mit Senatoren und Abgeordneten aus dem Berliner Landesparlament, sowie Bundestag und Europaparlament werden in den kommenden Monaten zur Arbeit der PDS in Regierungen und Parlamenten Auskunft geben und sich Ihren kritischen Fragen und Anregungen stellen. Dabei werden wir auch Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften, Sozialverbänden, politischen Initiativen und Parteien einladen. Natürlich werden wir auch weiterhin in den Stadtteilen Tempelhofs mit politischen Angeboten präsent sein.

„Rote Insel“: Ein Zentrum für linke Politik und Kultur

Ausstellungen, Lesungen und Filmvorführungen zu historischen und aktuellen Themen werden das Programm der „Roten Insel“ im ersten Halbjahr prägen. So werden wir im April bis Anfang Mai mehrere Veranstaltungen zum 60. Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus organisieren. Wir wollen Zeitzeugen wie die Antifaschisten Moritz Mebel oder Stefan Doernberg, die an der Seite der Roten Armee gegen Hitlerdeutschland kämpften, einladen und antifaschistische Filme zeigen. Wir werden auch Initiativen des PDS-nahen Jugendverbandes „solid“ unterstützen, so die bundesweite Kampagne „Aufmucken gegen Rechts“, die auch an die Schulen unseres Bezirkes getragen werden soll. Mit antifaschistischen Konzerten, dem Vertrieb einer antifaschistischen Musik-CD, und begleitenden Diskussionen wollen die Jugendlichen den wachsenden Einfluss von Rechtsextremen an Berliner Schulen begegnen.

Am 8. Mai (Tag der Befreiung) Besuch der KPÖ Graz in Tempelhof-Schöneberg

Anlässlich des Jahrestages der Befreiung werden Genossinnen und Genossen unserer österreichischen Schwesterpartei in Berlin zu Gast sein. Die KPÖ hat in Graz durch eine konsequente wie unkonventionelle Interessenvertretungs- und Kommunalpolitik mit sensationellen Wahlergebnissen Furore gemacht. Unlängst sind die Grazer Kommunisten mit 22% in den Gemeinderat der Stadt Graz gewählt worden und stellen zwei der 5 Stadträte. Neben ihren kommunalpolitischen Erfahrungen werden die Grazer GenossInnen der interessierten Öffentlichkeit auch das von ihnen initiierte Volksbegehren zur Beibehaltung der Neutralität Österreichs vorstellen.

„Die rote Insel“ – Zentrum der Europäischen Linken und der internationalen Solidarität

Die „Insel“ wird auch Begegnungsort der in Berlin lebenden Mitglieder der europäischen Linksparteien sein, die gemeinsam im Europäischen Parlament für soziale Gerechtigkeit und gegen Militarisierung der EU-Außenpolitik streiten. Die PDS hat sich unlängst mit einer Reihe dieser Parteien zur Europäischen Linkspartei (EL) zusammengeschlossen, die offen für die Zusammenarbeit mit weiteren Linkskräften in Europa ist. Wir haben bereits im letzten Jahr zur Europawahl und danach eng mit Genossinnen und Genossen aus Griechenland, Italien, Portugal und Spanien zusammengearbeitet und werden auch im nächsten Jahr nicht nur zu europäischen Fragen, sondern auch z.B. zu sozialen Problemen der hier lebenden MigrantInnen kooperieren. Wir suchen dabei auch selbstverständlich den Kontakt zu den in der Stadt lebenden MigrantInnen aus Ländern, die nicht der EU angehören.

Geplant ist eine zweiteilige Film- und Diskussionsreihe zu den Welfestspielen der fortschrittlichen Jugend und Studenten in Caracas (Venezuela) im Sommer diesen Jahres, die die Geschichte und aktuellen Inhalte dieser Festivalbewegung mit Zeitzeugen und Akteuren der Gegenwart beinhaltet.

Weitere Infos können Sie unter Telefon: 0179/394 7803 und ab 01. Februar in der neuen Geschäftsstelle unter Telefon: 030/21 99 71-39 oder -40 erhalten.

Luxemburg-Gedenken in Friedenau

(Fortsetzung von Seite 1)

der Vorsitzende der DKP Berlin, Arno Schölzel (Chefredakteur „junge welt“) und ein Mitglied des PDS-Bezirksvorstands auch viele aktuelle Aspekte von ihrem Wirken und Werk gegen Krieg und für soziale Befreiung. In vielen Reden spielte die Kritik an den Kriegs-beteiligungen der BRD und der



soziale Kahlschlag in den Sozialversicherungssystemen (insbesondere an Hartz IV) durch die Bundesregierung eine große Rolle.

Am Nachmittag hatte traditionell die Friedensinitiative Schöneberg zu einer Gedenkveranstaltung eingeladen. In diesem Jahr hielt Frau Jäkl (Fraktionsvorsitzende der Grünen in der BVV) eine persönlich gefärbte Rede. Sie holte die Stimmung in den 60er Jahren zurück, in der ein Sprecher der Bundesregierung noch den Morden den Anschein von Legitimität geben konnte, gleichzeitig die jüngere Generation sich wieder mit dem politischen Werk von Luxemburg und Liebknecht beschäftigte. Dies bildete einen Fundus bei der Herausbildung der Neuen Linken in der BRD, aus denen sich auch die Grünen entwickelt hatten. Der ehemalige Stadtrat Luban (SPD) ergänzte noch mit einigen Bemerkungen zur gewachsenen weltweiten Aufmerksamkeit auf Luxemburgs politischen Beitrag zur sozialistischen Theorie. Er berichtete von Kongressen in der VR China, Südafrika und von der linken Diskussion in Südamerika. Er hob abschließend hervor, dass Rosa Luxemburg nicht nur die politische Gleichstellung der Arbeiterschaft verfolgte, sondern auch die wirtschaftliche und soziale. Dies hätte seine Partei - die SPD - nun wohl aus dem Auge verloren.

Fotos: Chelli; Text: Harald

... aus der BVV berichtet

Am Mittwoch, den 15.12.2004 und am Mittwoch, den 19.1.2005 fanden im Rathaus Schöneberg die monatlichen Sitzungen der Bezirksverordnetenversammlung statt. Die Themenpalette war recht umfangreich, so dass nur einige Punkte herausgenommen werden können.

Besonders geht es dabei um die Einführung der Hartz IV-Gesetze. Ein Schwerpunkt bildete dabei die Einrichtung von Jobcentern in Abstimmung mit der Arbeitsagentur und den dafür verantwortlichen kommunalen Einrichtungen. Dabei stellte sich ein erheblicher Bedarf an Beratung und von Arbeitsvermittlung von seitens der Jobcenter dar. Auch bei der Einrichtung der Widerspruchsstelle, wo Betroffene sich mündlich oder schriftlich hinwenden können, gab es erhebliche Probleme. Das stellte sich besonders Anfang Januar deutlich heraus. Da gab es vor den Arbeitsagenturen erheblichen Auflauf, weil Betroffene zu wenig oder gar keine Leistungen bekamen. In Tempelhof-Schöneberg wurden Arbeitslosengeld II-Bezieher angeschrieben, dass Sie sich schon mal um preiswertere Wohnungen zu kümmern hätten. Hierzu muss man deutlich sagen, dass dies gegen geltende Gesetze verstoßen hat. Betroffene sollten umgehend Widerspruch einlegen. Stadtrat Krömer nannte das Schreiben einen Fehler, für das er nicht verantwortlich sei. Die große Anfrage von Bündnis 90/Grüne dazu war berechtigt, aber die Initiatoren nutzten dies auch dazu, um populistisch ihre eigene Verantwortung zu verwischen. Haben etwa die Grünen im Bundestag dagegen gestimmt, ALGII-Beziehern nur noch „angemessenen Wohnraum“ zu gestatten. Nun hat die PDS-Senatorin das Problem, so viel wie möglich für die Betroffenen herauszuholen und unsinnige Umzüge zu vermeiden. Sie stößt dabei auf den Widerstand der anderen Koalitionspartei SPD und Ausführungsvorschriften verzögern sich. Die Kritik der Grünen ist solange verlogen, wie sie nicht glaubhaft ihre Bundespartei dazu drängt die grundsätzlichen Regelungen zu ändern.

Auch was die Übernahme der Heizkosten betrifft, gibt es bis 31.6.2005 klare Regelungen. Für ehemals Arbeitslosenhilfempfangler gilt, alle anfallenden Wohnkosten, Betriebskosten und Heizungskosten müssen in voller Höhe von den Kommunen übernommen werden. Noch



gibt es für weitergehende Änderungen von seitens der Politik weder fehlende Ausführungsvorschriften (AV) noch konkrete Regelungen. Für Sozialhilfempfangler ändert sich ohnehin nichts. Des Weiteren müssen bei der künftigen Arbeitsvermittlung benachteiligte Gruppen (z.B. Ältere, Alleinstehende, körperlich und geistig Behinderte) stärker Berücksichtigung finden. Hier gilt für uns grundsätzlich: Stärkerer Einsatz für Vollbeschäftigung

Ein weiteres wichtiges Thema in der BVV waren die Mobilitätsbedingungen. Hierzu zählen Forderungen zu behindertengerechten Zugängen in U-Bahnhöfen, keine Tarifierhöhungen für Schülermonatskarten und dass Planungen der BVG 2005 nicht zu Lasten von behinderten Menschen gehen.

Weiter als Schwerpunkt gilt die Verbesserung der schulischen Bedingungen.

Die nächste Sitzung der BVV ist am 16.2.2005.

Henry Gronau

Ausstellung: Wir waren Nachbarn

Aus Anlass des 60. Jahrestages der Befreiung des KZ Auschwitz setzt das Kunstamt die langjährige Arbeit fort, die sich mit der Vernichtung jüdischen Lebens in unserem Bezirk beschäftigt. So die ständige Ausstellung rund um den Bayerischen Platz (Schilder zur schrittweisen Ausgrenzung, Stigmatisierung und Terrorisierung jüdischer Menschen durch die Nazis).

Am 27. Januar 2005 wurde die Ausstellung „Wir waren Nachbarn“ in der Ausstellungshalle des Rathauses Schöneberg eröffnet, in der zusammen mit den ausführlichen Lebensgeschichten der drei aus Anlass der Gedenkstunde zum 60. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee eingeladenen Zeitzeuginnen 92 Biografien ehemals Schöneberger und Tempelhofer jüdischer Nachbarn dokumentiert sind. Ein Interviewfilm mit Zeitzeugen „Geteilte Erinnerungen“ wurde für diesen Anlass produziert und ist stündlich zu sehen. Die Ausstellung ist in der Zeit vom 28. Januar bis 03. April 2005 immer Dienstag bis Sonntag von 10.00–18.00 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei.

Die neue Ausstellung ist um viele neue Biografien erweitert worden, insbesondere auch solche von ehemaligen Tempelhofer jüdischen Familien. In ungewöhnlicher Form, wie in einer alten Bibliothek, können sich die Besucher hinsetzen und die individuell gestalteten „Familienalben“ studieren.

Teil der Ausstellung ist auch der Dokumentarfilm „Geteilte Erinnerungen“, in dem sich 4 jüdische und 11 nicht-jüdische Zeitzeugen an ihre Kindheit und Jugend im Bezirk erinnern.

Im Februar und März begleiten zahlreiche Veranstaltungen (Lesungen, Zeitzeugengespräche, Podiumsdiskussionen) das Projekt.

Bitte Veranstaltungshinweise beachten oder informieren unter Telefon: 7560 4703 bzw. 7560 6964.

Der rechtspolitische Sprecher der PDS Klaus Lederer erklärt:

Eine vollständige Offenlegung aller bezahlten und unbezahlten Nebentätigkeiten und Nebeneinkünfte von Parlamentariern ist für die PDS unabdingbar.

Das Berliner Abgeordnetenhaus ist ein Halbtagsparlament, und es ist daher nicht außergewöhnlich, dass Abgeordnete neben ihrer parlamentarischen Tätigkeit auch andere Beschäftigungen ausüben. Dies ist im Interesse der persönlichen Unabhängigkeit von den Parteien und der Nähe zum Alltag der Wählerinnen und Wähler auch sinnvoll. Allerdings haben diese auch ein Recht zu erfahren, woher und in welcher Höhe Politikerinnen und Politiker ihre Einkünfte beziehen. Es

würde klar, welche Interessenkollisionen möglicher Weise aus Nebentätigkeiten folgen könnten. Ausgeschlossen wäre, dass Engagement vergütet wird, um Interessen einer bestimmten Lobby durchzusetzen.

Deshalb setzt sich die PDS hier ebenso wie bei den Vorstandsgehaltern der Berliner Landesunternehmen für mehr Transparenz ein. Wir gehen davon aus, dass eine praktikable und rechtssichere Lösung zur Offenlegung der bezahlten und unbezahlten Nebentätigkeiten und Nebeneinkünfte von Abgeordneten gefunden werden muss. Derzeit gibt es im Berliner Abgeordnetenhaus für diesen Ansatz noch keine Mehrheiten. Wir werden jedoch weiter dafür werben.

GBM verleiht Angela Davis den Menschenrechtspreis 2004

Bezirksverordneter Gert Julius traf als Bundesgeschäftsführer der GBM Angela Davis.

Die 10. Rosa-Luxemburg-Konferenz, einen Tag vor der Luxemburg/Liebkecht-Demonstration, am 8. Januar 2005 war ein denkwürdiger Tag in der deutschen Geschichte. Die Hochschullehrerin und Bürgerrechtlerin Angela Davis, 1970 in den USA als junge Professorin und Kommunistin unter falscher Beschuldigung wegen Mordes, Entführung und Verschwörung angeklagt und 16 Monate in Untersuchungshaft gehalten und danach auf Kautionsfreigabe, wurde 1972 in allen Anklagepunkten frei-

der Konferenz war das Referat von Angela Davis. Sie freute wieder sich nach ihrem Besuch der Weltfestspiele der Jugend 1973 wieder in Berlin zu sein. Sie schlug einen Bogen von Rosa Luxemburgs Antikriegshaltung zu den Erfordernissen heute und sagte vor 1.600 Teilnehmern u.a.: „Folter und Krieg definieren die Welt. Die Demokratie der USA wurde von den Rechten »auf den Weg der Selbstzerstörung« gesetzt. Antimilitarismus ist der Hauptweg im Kampf gegen den US-Imperialismus. Aber es gibt noch mehr



Gert Julius und GBM-Ortsvorsitzender von Marzahn Jürgen Weinert im Gespräch mit Angela Davis

gesprächen. Eine internationale Solidaritätsbewegung, die in der DDR und der Bundesrepublik besonders stark war, hatte ihrem Fall zu weltweiter Bekanntheit verholfen. Die heute als Professorin an der Philosophischen Fakultät der University of California arbeitende Bürgerrechtlerin nahm auf Einladung der Tageszeitung „jungeWelt“, der Gesellschaft zum Schutz von Bürgern und Menschenwürde (GBM) und Cuba Si an der vorgenannten Konferenz teil.

Nach dem kubanischen Präsidenten Fidel Castro, dem kanadischen Wirtschaftsprofessor Michel Chossudovski nahm auch Angela Davis unter dem Beifall der Konferenzteilnehmer diesen Menschenrechtspreis an.

Höhe- und Schlusspunkt des Vortragsteils

Bewegungen: Auch wenn Bush behauptet, zum zweiten Mal gewählt worden zu sein, es gibt selbst im US-Kongress Zweifel daran. Wenn er jemanden zum Justizminister ernannt, der zur Folter an Gefangenen riet, dann sieht er sich der Bewegung gegen Todesstrafe, gegen den industriellen Gefängnis-Komplex in den USA gegenüber. Die Bewegungen sind miteinander verbunden, entscheidend ist ihre Revitalisierung und Globalisierung.“ Am 9. Januar lud die GBM im Kino International 600 Besucher und so bekannte Künstler wie Gisela Steinecker, Rolf Becker, Diether Dehm, Michael Letz und die Gruppe Ernesto Cheguevara zu Ehren der Bürgerrechtlerin einer Angela-Davis-Party ein.

Foto: Gabriele Senft; Text: G. Julius

Ziegenhals und kein Ende

Ver.di: »Herr G. hat wieder einen Namen«

Wir berichteten bereits öfter von der Auseinandersetzung um die Ernst-Thälmann-Gedenkstätte Ziegenhals, in deren Zusammenhang auch wir mit schmerzhaften (finanziellen) Sanktionen bedroht wurden, wenn wir einen Eigentümer-Namen erneut ausschreiben. Es geht dabei um den Brandenburgischen Ministerialbeamten G. Als Aufkäufer des denkmalgeschützten Grundstücks zum Schnäppchen-Preis von der Treuhandliegenschaftsgesellschaft, versucht er sich von Beschränkungen zu befreien und den Zugang zur Gedenkstätte zu unterbinden.

Darüber ist eine größere öffentliche Auseinandersetzung entbrannt, die Herr G. mit Androhung von Zwangsgeldern bis zu 250.000 Euro gegenüber 30 Medien und Personen (u.a. auch Spiegel und Super Illu) begegnete. Während sich große Pressehäuser mit G. arrangierten, hatten die Zeitungen „junge welt“, „Neues Deutschland“ und einige Einzelpersonen auf dem Recht bestanden „Ross und Reiter“ zu nennen.

Ver.di begrüßte im Dezember mit oben zitierten Satz ein Urteil des Berliner Kammergerichts, das die „junge welt“ in einer Berufungsverhandlung erwirkt hatte. Das Kammergericht erkannte „einen Ort mit öffentlichkeitsrelevanter Bedeutung“, wo es Herrn G. hätte „von Anfang an bewusst sein müssen“, dass seine Handlungen einen „nicht-privaten Vorgang“ darstellten (laut jw-Aktenzeichen 9 U 162/04). Die „junge welt“ verfügt über Informationen, dass Herr G. nun mit einer Verfassungsbeschwerde die Einschränkung der Berichterstattung erreichen will. Am 20. Januar verhandelt bereits das Landgericht Berlin ein weiteres Verfahren gegen die Tageszeitung „jungeWelt“: Herr G. will als Träger des »Goldenen Maulkorbs«, der ihm von Ver.di und der dju verliehen wurde, nicht genannt werden (wir berichteten in der letzten Lupe).

Quellen: Sprachrohr (ver.di) vom 6.12.04, junge welt vom 17.1.05 - (Harald)

Das Jahr 2005

Wat jibt's dies Jahr zu feiern und wat sollte durch (je)denken nich in Vajessenheit jeraten?

Wer heute „Die Räuber“ hört, denkt verständlicherweise zuerst an Ackermann, Mehdorn, Clement oder Meyer, mancher Gewerkschafter vielleicht auch an Steinkühler. Dabei handelt es sich jedoch um ein Frühwerk von Friedrich Schiller, einem der größten Dramatiker deutscher Zunge, ein aufmüpfiger, ein wahrhaft revolutionärer Geist - nicht nur seiner Zeit.. Erst 55jährig stirbt er am 9.Mai vor 200 Jahren in Weimar.Viele Redewendungen unseres Volksmundes kommen aus seiner Feder: Ehrlich währt am längsten. Der Klügere gibt nach. Der brave Mann denkt an sich selbst zuletzt.Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es wieder heraus.Wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein. Die Axt im Haus erspart den Scheidungsrichter (nee, det jing wohl anders, oder?) - Na, wie dem auch sei: In diesem Jahr einfach öfter mal in die Spielpläne der Sprechbühnen und der Off-Theater schauen!

Am einem Junitag vor 150 Jahren, auf dem Höhepunkt des Krimkrieges zwischen der Türkei und Russland um die Vorherrschaft am Bosphorus, hat ein in Petersburg lebender deutscher Großkaufmann eine wahrhaftig zündende Idee. Er kauft in ganz Europa alle für die Schießpulverproduktion notwendigen Salpetervorräte auf und macht damit das Geschäft seines Lebens. So kann er seine jahrzehntelangen - wie wir heute wissen - äußerst erfolgreichen Ausgrabungen auf den Spuren Homers finanzieren: Heinrich Schliemann. Mal wieder ins Pergamon-Museum gehen oder den Hexametern von Ilias und Odyssee widmen!

Ebenfalls im zaristischen Russland findet vor 100 Jahren die erste proletarische Revolution der Weltgeschichte - sozusagen als Generalprobe für die Oktoberrevolution - statt, der der Film pionier Sergej Eisenstein mit seinem „Panzerkreuzer Potemkin“ ein ergreifendes Denkmal gesetzt hat. Unvergesslich die Szene, in der eine entseelte, gesichtslose Soldatenphalanx einen sich immer wieder überschlagenden Kinderwagen die riesige Freitreppe hinunter zum Odessaer Hafen vor sich hertreibt. Die deutsche Uraufführung für das deutsche Reichsgebiet fand übrigens 1926 im Apollo-Theater in der Berliner Friedrichstraße statt. In den

folgenden drei Jahren waren 67 Kopien nötig, um den Bedarf im gesamten Reichsgebiet zu decken. Das ist schon insofern eine Sensation, da sonst fünf ausreichten. Vielleicht kommt er ja mal wieder im Babylon am Luxemburgplatz oder einem anderen Szene-Kino zur Wiederaufführung!

Vor 60 Jahren findet das gewaltigste Verbrechen der Menschheitsgeschichte, der deutsche Hitlerfaschismus, mit dem Sieg der Alliierten sein militärisches Ende.

Bis zum Tag der bedingungslosen Kapitulation wurden alle auf deutschem Boden befindlichen Konzentrationslager befreit. Jede Stadt, ja fast jede Gemeinde, kann den konkreten Tag ihrer Befreiung begehen und manche auch die Nächte der militärisch völlig unsinnigen Bombardierungen ihrer Wohnviertel.

Noch leben auch BVG-er, die sich daran erinnern können, wann der Verkehr auf ihrer Dienststelle kriegsbedingt eingestellt werden musste und an welchem Tag, aus der Agonie erwachend, der Verkehr wieder zum Rollen gebracht wurde.

Seit 1933 verbotene Parteien und Gewerkschaften nehmen ihre Tätigkeit wieder auf. Als Schlussfolgerung aus diesem verheerenden Völkermorden wird die Organisation der Vereinten Nationen gegründet. Aber das Jahr 1945 wird mit den demonstrativen Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki zugleich auch der Auftakt des Kalten Krieges mit dem Ziel des weltweiten „Roll Back“ des Kommunismus. Und das Makabre daran ist: Diesen Krieg haben diejenigen mit gewonnen, die den anderen vom Zaune gebrochen hatten und sich an ihm zum Teil bis heute schamlos gesundstoßen, ehemaligen Zwangsarbeitern eine wenigstens symbolische Entschädigung verweigern und aus dem Land geekelten jüdischen Deutschen die Rückgabe ihres Eigentums mit allen möglichen juristischen Tricks verwehren. Wir Gewerkschafter sollten wachsam sein, dass nie wieder politische Kräfte das Sagen bekommen, die heute noch in dieser Tradition stehen. Schließlich waren sie es, die auch die deutschen Gewerkschaften am 2. Mai 1933 enteigneten, verboten und ihre besten

Vertrauensleute in jene Konzentrationslager steckten, deren Befreiung zu gedenken wir alljährlich nicht müde werden sollten!

Am 26. November vor 50 Jahren erklärt der Nationalrat Österreichs per Bundesgesetz die ewig währende Neutralität des Landes und erreichen damit bereits zehn Jahre nach Kriegsende den Abzug alliierter Truppen, die Abschaffung der Besatzungszonen und verhindern so eine Spaltung des Landes. Die BRD stattdessen ist bereits am 27. Februar mit der Ratifizierung der Pariser Verträge in die NATO eingebunden worden. Die DDR tritt ihrerseits postwendend am 14. Mai dem Warschauer Vertrag bei. Was wäre uns Deutschen erspart geblieben, wenn der „größte Deutsche aller Zeiten“, Konrad Adenauer, mit Ulbricht besser gekonnt hätte und die großen Vier damals schon die Einsicht gehabt hätten, die sie dann 1990 zum 4+2-Vertrag bewog. Das ist auch schon wieder (oder erst?) 15 Jahre her!

Und wat is sonst so verkehrsmäßig in Berlin los?

- 15. Juni 1880 Eröffnung des Anhalter Bahnhofs (125. Jahrestag)
- 29. Juni 1930 Verlängerung der Hochbahnstrecke von Schönhauser Allee (Nordring) nach Pankow (Vinetastraße) (75. Jahrestag)
- 15. August 1880 Eröffnung des Bahnhofs Südende-Lankwitz der Anhalter Bahn (125. Jahrestag)
- 1. Oktober 1980 Eröffnung der U-Bahnstrecke Richard-Wagner-Platz - Rohrdamm (25. Jahrestag)
- 10. Oktober 1995 Die U 1 fährt wieder über die Oberbaumbrücke von Kreuzberg nach Friedrichshain und die Straßenbahn wieder über die Bösebrücke vom Prenzlauer Berg zum Wedding (10. Jahrestag)
- 15. Oktober 1880 Eröffnung des Bahnhofs Pankow der Berlin-Stettiner Eisenbahn (125. Jahrestag)
- 19. November 1905 Der erste Motoromnibus Berlins fährt vom Halleschen Tor zum Stettiner Bahnhof (100. Jahrestag)
- Dezember 1905 Steglitz hat eine eigene Straßenbahn (100. Jahrestag)
- 21. Dezember 1930 Inbetriebnahme der Betriebswerkstatt Friedrichsfelde und Eröffnung der U-Bahnstrecken Alexanderplatz - Friedrichsfelde und Karl-Marx-Straße (damals Bergstraße) - Grenzallee (75. Jahrestag)

Hartz IV – Ruhe vor dem Sturm?

Minister Clement reist durchs Land und beschwört gebetsmühlenartig den großartigen und reibungslosen Start der „Jahrhundertreform“. Die Medien gaukeln uns immer wieder vor, dass Hartz ja doch nicht so schlimm sei, weil sich ja kaum jemand beschwert und die Betroffenen wohl doch zufrieden seien und die Notwendigkeit begriffen hätten. Soweit die offizielle Propaganda – doch wie sieht es wirklich aus?

Kein Geld

Laut Aussagen von Ingrid Wagener, der Geschäftsführerin des Jobcenters Tempelhof-Schöneberg, hätten lediglich 20 % (ein Fünftel) der Betroffenen, kein Geld bekommen. Sie schiebt jedoch die Schuld sofort den Betroffenen in die Schuhe, die ihre Anträge zu spät oder nicht komplett abgegeben hätten. Offensichtlich sind an ihr sämtliche Informationen der Bundesagentur als auch der Sozialsenatorin vorbeigegangen, die zusicherten, dass keiner Anfang Januar ohne Geld dastehe.

Katastrophale Personallage

Katastrophal ist die personelle Ausstattung laut Ingrid Wagener: Von 350 Mitarbeitern sind gerade mal 250 Mitarbeiter da, der Rest wird noch gesucht. Sechs bereits für die Aufgaben qualifizierte Zeitkräfte wurden gekündigt, obwohl bei Festanstellung die Bundesagentur deren Gehalt gezahlt hätte. Aber der Berliner Wahnsinn kann noch mehr: 27 zum Arbeitsvermittler extra weitergebildete arbeitslose Akademiker finden in Berlin keinerlei Verwendung. Der Grund: Finanzsenator Sarrazin auf den Einsatz von Kräften aus dem Stellenpool pocht. Die fehlende Qualifikation ist dabei wenig störend.

Chaos beim Sozialticket

Wie nicht anders zu erwarten, gibt es auch hier wieder eine Sonderregelung in Tempelhof-Schöneberg. Eine Information der Betroffenen fand nicht statt, sondern bedurfte des eigenen Nachforschens. Während in den anderen Bezirken die Bürgerämter problemlos in der Lage sind, die Berechtigungskarten auszustellen, wird im Bezirk eine „verdienstvolle Firma“ namens Bequit, die schon beim Fragebogenausfüllen aufgefallen ist, mit Aufträgen versorgt.

Hier wäre interessant zu erfahren, mit welchen Kosten das für den Bezirk verbunden ist und ob es nicht sinnvoller, preisgünstiger und bürgerfreundlicher gewesen wäre, das über die Bürgerämter zu realisieren.

Fördern und fordern?

Die nächste „Bewährungsprobe“ kommt ja noch mit der massenhaften Vermittlung

von I-Euro-Jobs und den Eingliederungsvereinbarungen. Hier wird sich zeigen, wie „Fördern und Fordern“ aussehen wird.

I-Euro-Jobs

Wir raten den Betroffenen sehr genau zu prüfen, ob ein I-Euro-Job-Angebot den gesetzlichen Regelungen entspricht: Es ist festgelegt, dass diese Jobs gemeinnützig und zusätzlich sein müssen und keine bestehenden oder zuschaffenden Arbeitsplätze gefährdet sein dürfen. Dabei dürfte der Gang in eine unabhängige Beratungsstelle hilfreich sein.

Wir raten gegen den I-Euro-Job, auch wenn man ihn annimmt, in vorsorglichen Widerspruch zu gehen und die Einhaltung der gesetzlichen Regelungen überprüfen zu lassen sowie ggf. die tarifliche Bezahlung einzuklagen. Sind vor Ort Gewerkschaften vorhanden, sollten diese mit einbezogen werden. Die I-Euro-Jobs verstoßen gegen das Grundgesetz Artikel 12: „(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen... (2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht. (3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.“

Eingliederungsvereinbarung

In den nächsten Wochen werden uns Einladungen zum Gespräch mit unserem „Fallmanager“ (mehr darüber in der nächsten Lupe) ins Haus flattern. Darauf sollten wir gut vorbereitet sein. Dabei soll ein „Vertrag“ namens Eingliederungsvereinbarung mit uns abgeschlossen werden, in der alles an „Fordern und Fördern“ festgehalten wird. Wir sollten zu diesem Gespräch gut vorbereitet erscheinen und unsere Vorstellungen haben, was wir an Förderung wie Weiterbildung u.ä. erwarten. Den Vertrag nicht am gleichen Tag unterzeichnen, sondern noch mal sorgfältig überprüfen und ggf. anwaltlichen Rat oder eine Beratungsstelle hinzuziehen.

Persönlich abzuwägen ist, ob man unterschreibt und Widerspruch einlegt oder ob man die Unterschrift verweigert und das Ganze per Verwaltungsakt erlassen wird. Im letzteren Fall hagelt es eine 30%-ige Kürzung, wir können einfacher den Klageweg beschreiten. Hier lässt sich schwer eine generelle Empfehlung aussprechen, im Gespräch muss das Für und Wider abgewogen werden. Grundsätzlich ist festzustellen,

dass diese „Verträge“ grundgesetzwidrig sind. Der sanktionsbehafte Zwang, eine Eingliederungsvereinbarung zu unterschreiben greift unverhältnismäßig in die Vertragsfreiheit gemäß Grundgesetz Artikel 2: „Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz.“ Der Schutzbereich dieses Grundrechts bezieht sich u.a. auch auf die Vertragsfreiheit, d.h. frei zu entscheiden, mit wem man welchen Vertrag bei prinzipiell freier Ausgestaltung abschließen will.

Schlussfolgerungen

1. Auf politischer Ebene: Die Zustände im Jobcenter Tempelhof-Schöneberg wurden bereits mehrfach in Berliner Zeitungen kritisiert und fanden sogar den Weg in das „heute-journal“. Wir erwarten, dass durch die politisch Verantwortlichen Konsequenzen sowohl im Bezirk als auch auf Senatsebene gezogen werden.

2. Auf der Betroffenenenebene gilt es sich weiter zu vernetzen und gemeinsam Missbrauch im Jobcenter aufzudecken. Einen Schwerpunkt wird unsere Berichterstattung in Lupe bilden. Genauso wichtig ist uns die Beratung, Begleitung und Hilfe für die Betroffenen.

AK ELViS



HILFEUNDTIPPS

Sozialticket: Servicebüro Bequit, Colditzstr. 32a (U Westphalweg): Mo, Di, Mi 8-16.30, Do 8-18, Fr 8-14.30 Uhr.

Suppenküche: Schöneberg, Hauptstr. 125, gegenüber dem Schwimmbad, jeweils Mo und Di, 12-15 Uhr.

Info und Hilfe zu Hartz IV: Jeden Mittwoch; 17-19 Uhr, Feurigstr. 67/68.

Erwerbslosenfrühstück: Mittwoch, 2. Februar, 23. Februar und 30. März, 10-13; Uhr, Feurigstr. 67/68

Rund um Hartz IV – Stellungnahmen von PDS-Politikern

ALG-II-Bescheid: umgehend Widerspruch einlegen

In der Fragestunde des Bundestages habe ich Staatssekretär Staffelt auf offensichtliche Widersprüche im ALG-II-Verfahren hingewiesen. Nach einer internen Anweisung durften offensichtlich falsche Bescheide nämlich erst ab 2005 korrigiert werden.

Gestern teilte mir das zuständige Ministerium mit, dass dieser Verfahrensfehler behoben wurde. Ich ermutige daher alle ALG-II-Antragsteller, in deren Bescheiden der Agentur für Arbeit offensichtliche Fehler - zum Beispiel auch Zahlendreher - enthalten sind, sofort Widerspruch einzulegen.

(Petra Pau, PDS im Bundestag, 3.12.04)

ALG II einheitlich auf 400 • anheben

Bundesminister Stolpe will laut ddp Ungerechtigkeiten beim ALG II »rasch korrigieren«. »Die Unterschiede zwischen Ost und West beim Arbeitslosengeld II werden wir uns schnell ansehen. Das hat einen hohen Symbolwert«, meint Stolpe. Die Ost-West-Differenz beim ALG II ist nicht nur symbolisch. Sie ist real, un begründet und anachronistisch. Die Mauer fiel vor 15 Jahren. In führenden Köpfen aber steht sie noch immer. Die PDS hat bereits im Juli 2004 als Minimum gefordert: Das ALG II ist einheitlich auf 400 • anzuheben. Damals hatte Ost-Minister Stolpe schnell weggehört. Auch das hat einen hohen Symbolwert.

(Petra Pau, PDS im Bundestag, 24.12.04)

Drei Minimal-Forderungen

Immer mehr Politiker und Verbände fordern Nachbesserungen an »Hartz IV«. Nach Stolpe (SPD) und Milbradt (CDU) stellt nun auch Büttikofer (Grüne) Nachbesserungen an »Hartz IV« in Aussicht. Die Kirchen fordern es, die Gewerkschaften auch, die Sozialverbände ohnehin.

Unverzüglich müssen mindestens drei Bestimmungen geändert werden:

1. Das ALG II ist auf mindestens 400 • – bundesweit – anzuheben;
2. Die »58er-Regelung« ist zu Gunsten der Betroffenen auszulegen;
3. Das Arztgeheimnis muss wieder hergestellt werden.

Diese drei Minimalforderungen ändern nichts an meiner Generalkritik: »Hartz IV« ist grundgesetzwidrig, in seiner Anlage und in seiner Ausführung.

(Petra Pau, PDS im Bundestag, 27. 12.04)

Erwerbslose besser fördern!

Im Dezember 2004 waren 286.813 Berlinerinnen und Berliner arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosigkeit stieg damit gegenüber November 2004 um 4.166 an. Die Arbeitslosenquote stieg um 0,3% von 16,7 auf 17,0 %. Dieser Anstieg war etwas schwächer als im Bundesdurchschnitt, wo die Arbeitslosenquote um 0,5 % von 10,3 auf 10,8 % stieg. Im Vergleich mit dem Dezember 2003 sank die Arbeitslosigkeit in Berlin weiter und zwar um 6.800 registrierte Arbeitslose.

Arbeitsminister Harald Wolf erklärt hierzu: Saisonbedingt ist die Arbeitslosigkeit in Berlin im Dezember leicht angestiegen. Zwar entstehen in der Berliner Wirtschaft mittlerweile auch wieder neue Jobs, aber noch hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht entspannt. Dazu werden auch die veränderten Rahmenbedingungen nach Hartz IV nicht beitragen. Hartz IV verschärft die Bedingungen für Erwerbslose, schafft aber noch keine neuen Jobs.

Die Beschäftigten in Arbeitsagenturen und Sozialämtern haben in den vergangenen Monaten mit einer enormen Anstrengung sichergestellt, dass die Auszahlung des neuen Arbeitslosengeldes II weitgehend problemlos verlief. Dafür danke ich ihnen. Nun müssen alle Anstrengungen darauf gerichtet werden, dass Arbeitssuchende in den neuen Jobcentern besser betreut werden. Nachdem seit Jahresbeginn schärfere Anforderungen an Erwerbslose gestellt werden, müssen sie nun auch besser gefördert werden.

Der Berliner Senat stellt für Förderung und Qualifizierung von Arbeitslosen 48 Millionen Euro in einem kommunalen Beschäftigungsprogramm zusätzlich zur Verfügung. Er wird außerdem genau darauf achten, dass Arbeitsgelegenheiten für ALG-II-Empfänger keine regulären Arbeitsplätze verdrängen.

(Presseerklärung, 4. 1. 2005)

Gesetz bleibt der Skandal

Jedem Arbeitslosen, dessen Antrag auf Arbeitslosengeld II bis heute nicht abschließend bearbeitet werden konnte, können über die Arbeitslosigkeit hinaus neue Probleme entstehen. Deshalb arbeiten nach Einschätzung der PDS die Mitarbeiter in den Berliner Sozialämtern und Jobcentern seit Monaten unter Hochdruck, um die riesige Menge der Anträge im Interesse der Betroffenen zu bewältigen. Arbeitslose, die bislang noch

kein Geld auf ihrem Konto haben, erhalten Bargeldzahlungen zur Überbrückung.

Dass sich nun ausgerechnet Grünen-Politiker als Betroffenen-Vertreter präsentieren und angesichts dieser Situation von einem Skandal sprechen, ist schwer nachvollziehbar.

Der Skandal an Hartz IV ist nicht, dass noch nicht alle Anträge abschließend bearbeitet werden konnten – zu angeblich verschwundenen Akten haben wir keine Hinweise. Der Skandal ist und bleibt vielmehr das Gesetz. Es schafft keine neuen Arbeitsplätze und schreibt Ost-West-Unterschiede fort. Probleme waren durch seinen Zeitplan und die Vorgaben für seine Umsetzung, von der Software bis hin zur Personalausstattung, vorprogrammiert. Bündnis 90/Die Grünen haben die Hartz-Gesetze auf Bundesebene mit verabschiedet. Sie sollten daher auch Verantwortung für die Konsequenzen übernehmen.

(Stefan Liebich, PDS-Fraktionsvorsitzender im Abgeordnetenhaus, 12.01.05)

Keine Pannen bei Übergangsregelungen für BSHG-Maßnahmen

Zur Behauptung der Fraktionsvorsitzenden der Grünen-Fraktion Sibyll Klotz, dass die Finanzierung von 2.400 Beschäftigungsmaßnahmen von ehemaligen Sozialhilfeempfängern nicht gesichert sei, weil der Senat schlecht mit der Regionaldirektion der Agentur für Arbeit verhandelt habe, erklärt die Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz Dr. Heidi Knake-Werner: „Unabhängig von der noch ausstehenden Entscheidung des Bundeswirtschaftsministeriums zur Übernahme der Kosten durch die Agentur für Arbeit hat das Land Berlin Vorsorge getroffen. Diese über ein Jahr laufenden Maßnahmen werden in jedem Fall zu Ende finanziert.“

Die Entscheidung wurde getroffen, damit die Unklarheiten nicht zu Lasten der Betroffenen und der sie beschäftigenden Träger gehen. Alle politisch Verantwortlichen hatten gerade nach der Verschiebung des Starts von Hartz IV kein Interesse am Abbruch von beschäftigungs-politischen Maßnahmen für Sozialhilfeempfangende. Deshalb wurden alle Anstrengungen unternommen, solche auch im ersten Halbjahr des letzten Jahres bereitzustellen. Von Schlamperei oder Pannen kann deshalb überhaupt keine Rede sein. *(Presseerklärung, 13. 1. 2005)*

PDS in der BVV

Bezirksverordnetenversammlung
Mittwoch, 17. Februar 2005, 17 Uhr,
Rathaus Schöneberg, BVV-Saal

Unser Bezirksverordneter

Gert Julius,
Domnauer Strasse 14,
12305 Berlin
Termine nur nach
telefonischer
Absprache unter:
75 65 22 09

PDS vor Ort

Geschäftsstelle/ Kiezladen Schöneberg

10781 Berlin, Feurigstraße 67-68
Mo, Di, Do: 11-18 Uhr, Fr: 11-15 Uhr
Telefon: 21 9971 / 751 2011
Fax: 217 2926 / 7060 4235
Internet: www.pds-schoeneberg.de
www.pds-tempelhof.de
eMail: bezirk@pds-schoeneberg.de
tempelhof@pds-schoeneberg.de



AK ELVIS

**Information und Beratung zu
Fragen Sozialhilfe und ALG-2:**
jeweils mittwochs 17-18.30 Uhr in
der unserer Geschäftsstelle
Feurigstraße 67 - 68

Ja, ich will mehr wissen!

- Bitte schicken Sie mir:
- Informationen über die PDS.
 - Das aktuelle Programm der PDS.
 - Die aktuelle „Lupe“.
 - Ich möchte die „Lupe“ regelmäßig per Post erhalten (gegen Portoerstattung z.Zt. 13 Euro/jährlich).

Name:

Strasse:

PLZ:

Datum, Unterschrift:

Zutreffendes bitte ankreuzen, ausschneiden und an die Geschäftsstelle schicken oder schauen Sie einfach mal bei uns während unserer Öffnungszeiten herein.

Termine der PDS Tempelhof- Schöneberg

Treffen der Basisorganisationen

Schöneberg:

Mittwoch, 2. Februar 19 Uhr;
feurigstraße 67 - 68

Tempelhof-Mariendorf:

bitte telefonisch erfragen unter
7512011

Tempelhof-Süd:

Donnerstag 24. Februar 19 Uhr;
„Vereinseck“; Friedrich-Wilhelm-Str.

Arbeitskreis Kommunalpolitik:

Freitag, 13. Dezember 18 Uhr;
Rathaus Schöneberg; Raum 2036

Weitere Veranstaltungen

17. Februar 2005

Veranstaltungsreihe „Aus erster Hand“ mit Wirtschaftssenator Harald Wolf (PDS)

Feurigstraße 68/69 (Neue Geschäftsstelle der PDS Tempelhof-Schöneberg)

19./20. Februar 2005

Bundestreffen der AG Betrieb und Gewerkschaft der PDS

26. Februar 2005 (ab 13.00 Uhr)

Einweihungsparty der neuen Geschäftsstelle mit allen Genossinnen und Genossen, Freundinnen und Freunden, unseren Sympatisantinnen und Sympasianten sowie den in Berlin lebenden Genossinnen und Genossen der europäischen Linksparteien.

Noch im Februar 2005 wird es eine **Veranstaltung zur Hortübertragung an die Schulen** mit Margrit Barth geben

IMPRESSUM

Herausgeber: PDS Tempelhof-Schöneberg
Erscheinungsweise: unregelmäßig
Auflage: 1000 Expl. / V.i.S.d.P.: C. Schulz
Bankverbindung:
PDS Schöneberg 43 84 81 68 06 -
Berliner Bank - BLZ 100 200 00
Layout: P. Müller / Druck: Bunter Hund
Nachdruck unter Quellenangabe gestattet.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors wieder und entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion und des Bezirksvorstandes.
Fotos und Grafiken stammen - soweit nicht anders angegeben - von Privat sowie aus dem Internet.
Redaktionschluß: 24.01.2005
Erstverteilung: 05.02.2005

Das Letzte

Nun diskutiert alle Welt über die Nebentätigkeit von Politikern. Unser Baustadtrat Lawrentz übt die Nebentätigkeit Berliner CDU-Generalsekretär aus. Nun wird man ihm nicht vorwerfen können, dass mit dieser ehrenamtlichen Tätigkeit seine Urteilskraft illegitim beeinflusst würde. - Er bekennt sich ja immer noch ganz offen zur CDU.

Aber fragen könnte man schon, ob eine solch beanspruchende Nebentätigkeit seine Amtsführung durch die zusätzliche Belastung beeinträchtigt. Ob gar Herr Lawrentz dadurch überfordert ist?

Ein Beispiel: Seit Jahren schon verteidigt Tempelhof-Schöneberg in Berlin eine negative „Spitzenposition“ bei der Bearbeitung von Wohngeldanträgen. Die BZ berichtet so mal wieder: „Wohngeld nach einem Jahr Warten gezahlt“. Die BZ hatte vorher beim Büro von Herrn Lawrentz nachgefragt: „Dort erfahre ich, dass das Amt mit den zahlreichen Anträgen völlig überlastet ist und lange Wartezeiten nichts Ungewöhnliches sind... Einige Tage später wird mir mitgeteilt, dass unsere Leserin vom Amt schlicht vergessen wurde.“ (BZ, vom 7.1.05) Es ging um eine Nachzahlung von 1.508 EUR, die der Antragstellerin bis zu 1 Jahr vorenthalten wurde und Bedürftige in Schwierigkeiten bringt. Kein Einzelfall, denn die BZ meldet immer wieder von Dankesbriefen für ihren Einsatz gegenüber dem Ressort von Herrn Lawrentz.

Ein anderer Artikel, in der Berliner Morgenpost (9.1.05), erzeugt selbst bei uns gewisses Mitleid: „Machtkämpfe in der CDU Schöneberg haben am Freitagabend zu einem Eklat geführt. Die geplante Vorstandswahl fiel ins Wasser. Kurz nach Beginn des Treffens am Bruno-Bürgel-Weg musste Ortsvorsitzender Michael Mattner verkünden, dass die Versammlung beschlussunfähig sei - zur Überraschung der etwa 30 Anwesenden und des Berliner CDU-Generalsekretärs Gerhard Lawrentz, der die Versammlung leiten wollte... Es sei eine Unverschämtheit, Generalsekretär Lawrentz so zu verprellen, so der wütende Mattner“ (MP: „Rivalitäten zwischen langjährigen Mitgliedern im Ortsverband und Neuzugängen aus Marzahn-Hellersdorf eskalieren“).

Aber Herr Lawrentz hätte es ja in der Hand sich zu entscheiden, ob er seine Zeit vertut, um „Flöhe zu hüten“ in einer derart unruhigen Partei, oder sich nicht besser auf die Versäumnisse in seinem bezirklichen Amt konzentrieren will.

(Harald)